

(Minister Schwier)

- (A) nur für Religionsunterricht eingestellt haben, haben wir deswegen nicht mit voller Stundenzahl beschäftigt, weil erstens zu Anfang gar keine Stellen, sondern nur Geld da war, und zweitens, weil keinem Menschen normalerweise oder gar auf Dauer zuzumuten ist, 24, 26 oder 27 Stunden Religion pro Woche zu erteilen. Deswegen sind sie teilzeitbeschäftigt auf Dauer. Das, worum es hier geht, ist die Aufstockung mit ihrem zweiten Fach, nicht mit ihrem ersten!

Wir werden folgendes tun.

(Dautzenberg (CDU): Erst mal weiter mit Religion!)

- Entschuldigen Sie, ich kenne mich ein bißchen aus, ich mache das schon ein paar Jahre. - Wir werden sie auf volle Stellen aufstocken und ihnen zumuten, mindestens noch ein Jahr voll Religionsunterricht zu erteilen.

(Zustimmung des Abg. Dautzenberg (CDU))

Aber das Ziel dieser Leute ist es doch, mit ihrem zweiten Fach auch beschäftigt zu werden. Wenn dieses zweite Fach aber ein Mangelfach gewesen wäre, dann hätten sie sich in den letzten Jahren - und könnten dies auch 1990 - auf eine ganz normale Stelle bewerben und hätten auch eingestellt werden können. Es geht hier nicht um irgendwelche Kleinkariertheiten, sondern um die Frage: Wofür ist die Schule eigentlich da? Da sage ich: für Schüler und deren Unterricht, und erst in zweiter Linie für die Beschäftigung von Lehrerinnen und Lehrern!

- (B)

(Dautzenberg (CDU): Auch Religionslehrer!)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

(Minister Schwier: Ja.)

- Bitte schön!

Schauerte (CDU): Herr Kultusminister, was Sie gerade ausgeführt haben, ist uns völlig klar, und da stimmen wir überein. Die Frage ist aber: Warum machen Sie das alles nicht im kommenden Jahr, sondern schieben das insgesamt drei Jahre vor sich her?

Schwier, Kultusminister: Weil wir sparsam mit dem Geld umgehen

(Widerspruch bei der CDU)

- (C) - ja natürlich - und weil ich gesagt habe: Ich kann die 170 erforderlichen Stellen nicht aus dem Kontingent nehmen, aus dem ich den fachlichen Bedarf zu befriedigen habe, nämlich jene Leute, die mit dem zweiten Fach leider nicht bedient werden können. Wenn ich es könnte, könnten sie überwechseln.

(Zuruf von der CDU: Aber 250 neue Gesamtschullehrer!)

- Entschuldigen Sie, daß der Bedarf an Gesamtschullehrern weit über 1 000 beträgt und daß Ihre Rechnung immer außer acht läßt, daß eine Tagesschule oder Ganztagschule - egal, welchen Namen sie trägt und welcher Schulform sie angehört - automatisch 20 % mehr bekommt, wissen wir doch!

Meine Damen und Herren! Auch für Gesamtschulen werden nur Leute eingestellt, die Mangelfächer haben. Diese kann ich durch Versetzung aus anderen Schulformen überhaupt nicht gewinnen. Bitte nehmen Sie das doch zur Kenntnis!

(Beifall bei der SPD - Widerspruch von der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zu den Stellenplänen mehr. Die Beratungen hierzu sind damit abgeschlossen.

Ich rufe nun auf:

### 3. Einzelplan 03: Innenminister

(D)

Ich verweise auf die vorliegenden Änderungsanträge der CDU auf Drucksache 10/4981 sowie auf die Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/4903 und eröffne die Beratungen. Ums Wort hat Herr Abg. Frechen gebeten. - Herr Kollege Frechen, nach der Vereinbarung ist zunächst Herr Kollege Paus an der Reihe. Ich erteile ihm das Wort.

Paus (CDU): Herr Präsident, vielen Dank! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir diskutieren über den letzten Haushalt dieser Legislaturperiode, den - und dafür kämpfen wir - hoffentlich letzten Haushaltsentwurf dieser Landesregierung.

(Wendzinski (SPD): Das wird ein Traum bleiben, wie alle Jahre zuvor auch!)

Dies gibt uns Anlaß, Herr Kollege Wendzinski, eine Bilanz der Arbeit der Landesregierung zu ziehen. Die Bilanz ist gerade

(Paus (CDU))

- (A) im Bereich des Einzelplans 03, also im Bereich der inneren Sicherheit, negativ.

(Zustimmung von der CDU)

Die Polizei als Garant der inneren Sicherheit ist durch die Personalpolitik der Landesregierung hoffnungslos überlastet. Wir haben in den vergangenen Monaten durch verschiedene Anträge zu besonders aktuellen Fragen der Verbrechensbekämpfung über die Situation vor allem der Kripo unseres Landes diskutiert. Fazit: Die Polizei ist in vielen Bereichen nur noch Verwalter der Kriminalität.

Ich nehme den Bereich der Wohnungseinbrüche, ein für denjenigen Bürger, der sich in seinem durch das Grundgesetz gesicherten Bereich bedroht, nicht mehr sicher fühlt, zentrales Thema. Hier lag die Aufklärungsquote 1988 bei ganzen 16,5 %. Meine Damen und Herren! Ein Geschädigter, der drei Monate, nachdem in seine Wohnung eingebrochen worden ist, von der Polizei ein hektographiertes Standardschreiben erhält, in dem ihm mitgeteilt wird, daß die Ermittlungen erfolglos eingestellt worden sind - von der Ermittlung hat er im Regelfall nichts gemerkt -, ist nachhaltig enttäuscht und vertraut nicht mehr in die Fähigkeiten des Staates, die Rechte der Bürger zu schützen.

Zur organisierten Kriminalität! Wir alle wissen, daß wir dieser Bedrohung nur Herr werden können, wenn wir verdeckte Ermittler einsetzen. In Nordrhein-Westfalen weitgehend Fehlanzeige!

(B)

Mit verschiedenen Initiativen haben wir deutlich gemacht: Es klafft eine gewaltige Schere zwischen den Aufgaben der Polizei und der vorhandenen Personalkapazität. Das Bund-Länder-Programm zur inneren Sicherheit vom Beginn der siebziger Jahre sah eine Polizeidichte von 1 zu 400 vor. Eine Zahl, Herr Innenminister - das geben wir Ihnen offen zu -, von der Sie zu Recht sagen, sie sei hoffnungslos veraltet. Denn, meine Damen und Herren, seit Beginn der siebziger Jahre haben sich die Aufgaben der Polizei in den beiden Hauptbereichen - Verbrechensbekämpfung und Verkehrseinsatz - global gesehen mehr als verdoppelt. Seit Beginn der siebziger Jahre hat es bei der Polizei gewisse Personalverstärkungen gegeben. Das hat aber gerade dazu geführt, daß wir bis heute die Zahl 1 zu 400 nur so eben erreicht haben.

Die fast ausschließlich in den siebziger Jahren vollzogenen Mehreinstellungen haben nicht einmal gereicht, die Einbuße der Personalkapazität der Polizei durch den Rückgang der effektiven Jahresarbeitszeit auszugleichen.

Das heißt: Mit der effektiven Kapazität von 1970 soll die Polizei die in vielen Bereichen um bis zu 100 % gestiegenen Aufgaben erfüllen.

(C)

(Minister Dr. Schnoor: 1980 meinen Sie!)

- 1970! - Das ist unmöglich, Herr Innenminister. Das Ergebnis ist unter anderem die von mir dargestellte Aufklärungsquote von 16,5 % bei den Wohnungseinbrüchen.

Meine Damen und Herren! Die Polizei ist nicht nur personell völlig unzureichend ausgestattet, die Beamten sind auch zu Recht frustriert - ein Thema aus der vorigen Beratungsrunde -, weil ihre Arbeit durch diese Landesregierung seit Jahren unter Wert bezahlt wird. In vielen Bereichen - Herr Innenminister, da gebe ich Ihnen voll recht, kann die Polizei nur neidvoll in die Schulen schauen -, gab es in den letzten Jahren strukturelle Verbesserungen. Wir haben die Ausbildung für die Polizei erheblich verbessert. Das alles hat sich aber im Besoldungsgefüge der Polizei so gut wie nicht niedergeschlagen. Beim Anteil des mittleren Dienstes zum gehobenen Dienst sind wir das absolute Schlußlicht unter den Bundesländern.

Wir fordern seit Jahren bei den Haushaltsberatungen eine klare Definition des künftigen Aufgabenbestandes der Polizei, die Errechnung des dafür erforderlichen Personalbestandes und eine daran orientierte Einstellungspolitik. Herr Innenminister, Sie haben sich dieser Aufgabe bisher stets entzogen. Wie wollen Sie erwarten, daß die Polizei unter dieser extremen Überbelastung weiter alle Kräfte mobilisiert, wenn Sie ihr eine klare Antwort auf die Frage nach der künftigen Personalentwicklung verweigern?

(D)

Wir wollen mit unseren Anträgen, die ich kurz streifen darf, in einigen zentralen Bereichen, von denen wir meinen, daß dort dringend Verbesserungen erforderlich sind, Zeichen setzen. Wir verlangen eine weitere kräftige Aufstockung der Zahl der Neueinstellungen, damit wir zumindest die Ausfälle durch den Rückgang der Wochenarbeitszeit in den Jahren 1989 und 1990 ausgleichen.

Als Vorgriff auf die längst überfällige Strukturreform vor allem bei der Schutzpolizei wollen wir für das nächste Jahr über 600 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten in Richtung gehobener Dienst.

Die Situation in der Kripo ist so katastrophal, daß wir mit der Schaffung der Möglichkeit von Seiteneinsteigern einen raschen Erfolg

(Paus (CDU))

- (A) erzielen wollen. Auch wenn Sie, Herr Innenminister, bei der Drogenbekämpfung, was Sie heute mit großem Aplomb angekündigt haben, etwas erreichen wollen, ist das nur möglich, wenn Sie diese Wege gehen. Sonst stehen Ihnen Kriminalbeamte, die Sie heute einstellen, in acht Jahren zur Verfügung.

Ein weiterer Antrag! In der jetzigen Situation werden Sie Angestellte nicht bekommen, wenn Sie ihre Stellen auf drei Jahre kw stellen, wenn Sie also die Verträge befristen. Zudem braucht die Polizei dringend Angestelltenstellen, weil in diesem Bereich zu Beginn der 80er Jahre überproportional gekürzt worden ist. Darum unser Antrag, den von Ihnen vorgesehenen kw-Vermerk zu streichen.

Dabei verkennen wir nicht, daß der Haushalt bescheidene personelle Verbesserungen vorsieht. Wir haben auch diesmal registriert - Herr Kollege Reinhard ist nicht anwesend, aber Herr Kollege Frechen wird das sicherlich hervorhebend anmerken -, daß die Mehrheitsfraktion auf der ihr durch den Haushaltsentwurf vorbehaltenen Spielweise wieder den üblichen Antrag - Stichwort: Weyerlinge - gestellt hat. Das reicht aber bei weitem nicht aus. Stimmen Sie deshalb unseren Anträgen zu, geben Sie ein positives Zeichen in die Polizei!

(Zustimmung bei der CDU)

- (B) Ansonsten müssen wir unterstellen, daß die von Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, vorgeschlagenen bescheidenen personellen Verbesserungen ohnehin nur auf den 13. Mai 1990 zielen und daß Sie in der Zeit danach wieder zu der bisherigen Politik der Personalverweigerung für die Polizei zurückkehren wollen.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Innenminister, bis vor wenigen Wochen haben wir Sie immer noch im Ohr mit Ihrer Meinung, die Polizei habe ausreichend Personal. Und diese Meinung kann sich bei Ihnen doch gar nicht so rasch geändert haben.

(Minister Dr. Schnoor: Das habe ich doch nie so gesagt!)

- Herr Innenminister, Sie haben immer gesagt: Die Polizei hat ausreichend Personal; wir müssen durch eine belastungsbezogene Kräfteberechnung den Mangel verteilen. Darüber haben wir uns doch oft auseinandergesetzt.

Meine Damen und Herren, ich komme zu einem weiteren Punkt. Der Polizei werden nicht nur

Kräfte in ausreichendem Maße für ihre Arbeit verweigert, etwas anderes ist noch gravierender: der mangelnde Rückhalt für die Polizei und die Verunsicherung von Polizei und Bürgern durch diese Landesregierung und ihren Innenminister. Ich kann wegen der begrenzten Redezeit nur einiges anreißen. Wir mußten das hier im Plenum schon aus verschiedenen Anlässen diskutieren, so daß ich denke, daß ich es bei Stichworten belassen kann. (C)

Da ist, Herr Innenminister, die ominöse NRW-Richtlinie - oder besser: Schnoor-Linie -; sie steht für ein ungerechtfertigtes Zurückweichen vor rechtswidriger Gewalt, für eine Verniedlichung von Rechtsbrüchen. Im Jargon der Polizeibeamten wird sie auch so charakterisiert: nachträgliche Begründung für Nichteingreifen.

(Zustimmung bei der CDU)

Beim Gladbecker Geiseldrama ist diese Linie der Scheu vor der Verantwortung für ein engagiertes polizeiliches Vorgehen auf drastische und für drei Menschen tödliche Weise gescheitert.

(Minister Dr. Schnoor: Da fehlte vor allen Dingen der Rückhalt des Innenministers gegenüber dem Rückhalt der Fraktion der CDU, ja? So soll es gewesen sein?)

- Herr Innenminister, darüber haben wir uns sehr intensiv im Zusammenhang mit dem Thema "Gladbeck" auseinandergesetzt. (D)

Der Name der Düsseldorfer Kiefernstraße, Herr Dr. Schnoor, steht neben dem der Hafenstraße in der Bundesrepublik zu Recht als Synonym für das Dulden rechtsfreier Räume.

(Zustimmung bei der CDU - Minister Dr. Schnoor: Herr Linssen hat sich deswegen entschuldigt!)

- Er hat einen Namen aus der von Ihnen auch zitierten Liste gestrichen. Ansonsten ist dieses Thema für uns überhaupt nicht vom Tisch.

Es bleibt ein Skandal, daß sich diese Landesregierung durch den RAF-Hungerstreik dazu hat nötigen lassen, Gefangene, von denen nicht feststand, ob sie sich dem Terrorismus entzogen haben und sich von ihm abwenden wollten, zusammenzulegen. Das ist und bleibt für uns ein Skandal.

(Zustimmung bei der CDU)

(Paus (CDU))

- (A) Die Stichworte "Bannmeile des Landtags" und "Rheinkniebrücke" stehen für das Zurückweichen der Landesregierung vor starken gesellschaftlichen Gruppen. Es war skandalös, Herr Innenminister, hier in diesem Hause und an anderer Stelle fast täglich neue Versionen zum Straftatbestand der Nötigung verkündet zu bekommen. Dabei wußten Sie sehr wohl, daß das mit dem Strafgesetzbuch überhaupt nicht vereinbar war. Das hat Ihnen postwendend dann auch der Bundesgerichtshof bestätigt.

Wen wundert es, meine Damen und Herren, wenn sich "normale" Strafgefangene auf die Sonderrechte für RAF-Häftlinge und wenn sich der Nötigung angeklagte Straftäter auf die schlimmen öffentlichen Erklärungen dieses Innenministers berufen?

Der absolute Gipfel war, so hört man, daß bei diesen Nötigungstatbeständen der Polizei sogar zugemutet worden sein soll, sich Passierscheine von den Blockierern ausstellen zu lassen.

Ein weiterer schlimmer Ausrutscher der Landesregierung war die von Rau und Posser öffentlich zelebrierte Preisverleihung an ein Splittergrüppchen, das durch pauschale Diffamierung der Polizei hervorgetreten war.

(Zustimmung bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

- (B) Ein weiterer Vorgang, Herr Innenminister, der mich auch ganz persönlich sehr getroffen hat und der für mich ernsthafte Zweifel an der Redlichkeit Ihrer rechtspolitischen Argumentation hat aufkommen lassen: Wir diskutieren seit langem die Frage, ob wir eine ausdrückliche Regelung des finalen Rettungsschusses in unserem Polizeigesetz brauchen. Dieses Thema steht seit langem im Ausschuß an. Wir haben eine Anhörung dazu durchgeführt, der Innenausschuß hat dazu ein Hearing veranstaltet. Zunächst kam aus Ihrem Hause und speziell von Ihrer Person Nachdenklichkeit, "Wir müssen darüber diskutieren", "Es muß nach allen Seiten ausgewogen werden", und dann, einige Wochen später, von Ihnen öffentlich das politische Totschlagargument, man könne in ein Gesetz nicht hineinschreiben: Du sollst töten. Ich finde, das ist eine schlimme polemische Entgleisung.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Innenminister, wer so redet, macht deutlich, daß er an einer ernsthaften

rechtsstaatlichen Diskussion nicht interessiert ist. (C)

(Zuruf von der SPD: Das kann man aber auch anders sehen!)

Solch schlimme polemische Entgleisungen finden sich leider häufiger bei Ihnen.

Da überzieht der Innenminister in offiziellen Stellungnahmen seines Hauses, die dann auch noch auf Steuerkosten an alle Polizeibehörden verschickt werden, den Bundesgesetzgeber mit übelstem Verbalradikalismus. Schnoor beschimpft den Bundesgesetzgeber als Gesetzespanscher, als Gesetzesflickschuster, wirft ihm Flächenbombardements gegen den Rechtsstaat vor, unterstellt ihm - alles wörtliche Zitate aus den Veröffentlichungen Ihres Ministeriums - klammheimliche Versuche, den Rechtsstaat auszuschalten.

Merken Sie denn nicht, Herr Innenminister, was Sie damit anrichten? Dadurch werden alle diejenigen ermuntert, die unser parlamentarisches System ablehnen: die Radikalen, die sich das Recht herausnehmen, selbst zu entscheiden, welche der staatlichen Gesetze sie beachten wollen.

Die Kette, meine Damen und Herren, ließe sich beliebig fortsetzen. Meine Redezeit geht zu Ende, deshalb will ich nur noch auf die von den beiden Ministern Heinemann und Schnoor unterstützte Unterschriftenaktion für eine Hilfstruppe von Honecker & Co eingehen. Schlimm war, daß Sie unterschrieben haben. Noch schlimmer war, daß Sie, Herr Innenminister dann im nachhinein erklärt haben, Sie hätten nicht wissen können, daß diese Organisation damit werben gehe. Lesen Sie Ihre eigenen Verfassungsschutzberichte nicht? (D)

(Zustimmung bei der CDU - Frau Rauterkus (SPD): Das reicht jetzt, Herr Paus! - Zuruf von der CDU: Davon kann ich nicht genug haben!)

Zur Zeit, Herr Innenminister, entfalten Sie kurz vor den Wahlen Aktivitäten auf verschiedenen Feldern. Stichwort: Drogen. Sie kündigen da groß an. Das Personal steht überhaupt nicht zur Verfügung. Frühestens Mitte der 90er Jahre wird sich etwas bewegen. Das zielt doch eindeutig auf den 13.5.

Stichwort: Organisierte Kriminalität. Da soll ein MEK-Kommando Essen jetzt stark dem LKA zugeordnet werden. Sehr schön! Aber wer nimmt denn die Aufgaben wahr, die das MEK vorher gemacht hat? Ist das die ausschließliche Zuordnung. All das ist schlichte Augenwischerei. Hier wird Aktionismus vorgespielt, bei dem sich nichts tut.

(Paus (CDU))

- (A) Stichwort: Wohnungseinbrüche, die uns Herr Kollege Jäger geschildert hat. Da werden junge, fast ausgebildete Beamte von den Bereitschaftspolizeien durch die Wohngebiete geschickt, verteilen Handzettel und stehen anschließend auf einem Marktplatz und versuchen, irgendwelche Schlösser zu erklären. Nachfragen können sie nicht beantworten; dafür sind sie auch nicht ausgebildet. Auch das ist Aktionismus. Das verschiebt das Problem in die nächste Großstadt, wo diese Leute nicht unterwegs sind.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, in der Sache - ich komme zum Schluß - bringt das kaum etwas. Die Aufklärungskapazität der Kripo wird dadurch nicht ausgeweitet. Wirkliche Fortschritte für die innere Sicherheit sind in Nordrhein-Westfalen nur möglich, wenn es endlich für unsere Polizei eine aufgaben-gerechte Personalausstattung und eine leistungsgerechte Besoldung gibt, noch wichtiger, wenn es in unserem Land eine politische Führung gibt, bei der die Polizei einen wirklichen Rückhalt hat, die die Bürger nicht durch einen Schlingerkurs verunsichert, die unparteiisch ist und die an ihrem Eintreten für den Rechtsstaat, egal von wo die Gefahr kommt, keinen Zweifel läßt.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Frau Vizepräsident Friebe: Vielen Dank. - Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort Herrn Abg. Frechen.

Frechen (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Paus, die zweite Lesung hat an sich den Sinn, daß in den jeweiligen Einzelplänen konkret zur Sache gesprochen wird. Davon habe ich leider bei Ihnen sehr wenig feststellen können. Insbesondere der letzte Teil Ihrer Rede war eine zähflüssige, weit hergeholte Kette von peinlichen, falschen Behauptungen, die nachher der Innenminister vermutlich im einzelnen zurückweisen wird. Es waren im übrigen Dinge, die hier im Parlament wiederholt diskutiert, klar- und richtiggestellt worden sind. Aber es zeigte ganz deutlich, daß Sie zur Komplettierung Ihrer Redezeit diese alten Kamellen noch haben heranziehen müssen, weil Sie in der Sache nicht bereit oder nicht in der Lage waren zu diskutieren.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf des Abg. Paus (CDU))

Es ist sicher richtig, daß die Sicherheit für die Bürger unseres Landes nicht nur Aufgabe der Polizei, sondern auch Aufgabe der Politik

ist. Es ist sicher auch richtig, daß der Rechtsstaat und wir als Parlament in bezug auf die Gesetze - das tun wir gerade mit dem Polizeigesetz -, aber auch in bezug auf die Ausstattung mit finanziellen Mitteln die Rahmenbedingung zu setzen haben. (C)

Herr Paus, Sie haben sich jetzt hier heute ganz anders dargestellt, als wir das im Innenausschuß von Ihnen gewohnt sind. Nun sind Sie ja an sich ein netter Kerl. Ich darf das zu Ihrer Ehrenrettung einmal sagen.

(Zuruf von der CDU: Das bleibt er auch!)

Sie stehen hier offensichtlich unter dem Druck, dem Parlament und den anderen Fraktionskolleginnen und -kollegen etwas beweisen zu müssen. Das paßt gar nicht zu Ihnen. Ich habe Ihnen das schon einmal gesagt.

(Heiterkeit bei der CDU)

Den Anträgen, die wir im Innenausschuß gestellt haben, haben Sie alle, glaube ich, bis auf einen ausnahmslos zugestimmt - Ihre Fraktion und im übrigen weitestgehend auch die F.D.P. Insofern verstehe ich gar nicht, daß Sie heute hier nicht hergekommen sind mit Deckungsvorschlägen für Ihre Anträge, die Sie zusätzlich eingebracht haben und die wir leider haben ablehnen müssen. Herr Paus, wenn Sie weitere 700 Polizisten einstellen wollen, wo liegt denn dann Ihr Deckungsvorschlag für die Einstellung zunächst der Anwärter und die spätere Übernahme dieser Anwärter? (D)

Ich darf Ihnen aber sagen, was wir beantragt und teilweise mit Ihren Stimmen auch durchgesetzt haben. Das sind insgesamt 760 neue Arbeitsplätze bei der Polizei. Diese Arbeitsplätze gliedern sich wie folgt auf: Zunächst einmal 100 Planstellen zur Verstärkung der Schutzpolizei, weitere 50 Planstellen A 9 gehobener Dienst zur Stärkung der Kriminalpolizei - übrigens eine weitere Tranche in dem bis 1995 vorgesehenen Programm zur Verstärkung der Kriminalpolizei -, 300 Angestelltenstellen, weitere 10 Stellen zur Verstärkung des technischen und wissenschaftlichen Dienstes des Landeskriminalamtes und 300 Stellen für Polizeianwärter zum Ausgleich für die Arbeitszeitverkürzung im Bereich der Polizei.

Weiterhin haben wir mit dem Personalhaushalt der Polizei 130 Planstellen des mittleren Dienstes in den gehobenen Dienst - nach A 9 - angehoben, und wir haben die von Ihnen eben bereits erwähnten Weyerlinge auch

(Frechen (SPD))

- (A) noch einmal mit 100 Planstellen versorgt, so daß die bekannte Diskussion in der Polizei, daß lebensältere Bewerber Nachteile bei den Beförderungen haben, ausgeräumt wird. Außerdem haben wir eine Einstellungsermächtigung für 150 Polizeianwärter für den Fall vorgesehen, daß der Bund im nächsten Jahr nicht in der Lage ist, die vorgesehenen 150 BGS-Beamten in den Landesdienst zu versetzen.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Paus?

(Frechen (SPD): Ja, selbstverständlich.)

- Bitte schön, Herr Abg. Paus!

Paus (CDU): Herr Kollege Frechen, fänden Sie es nicht wirklich gut, wenn eine Landesregierung beim nächsten Haushaltsgesetzesentwurf das Thema "Weyerlinge" vorweg in den Haushaltsentwurf täte und nicht immer den Landtag nachreparieren ließe?

Frechen (SPD): Warum? Sind Sie nicht der Auffassung, Herr Paus, daß wir im Landtag die Dinge im wesentlichen bestimmen sollen? Wollen Sie alles über die Ministerien regeln lassen?

(Lanfermann (F.D.P.): Die sollen ihre Hausaufgaben machen!)

- (B) - Herr - -. Wie war der Name? Lanfermann, ja. Herr Lanfermann, vielleicht werden Sie nach dem 13. Mai Gelegenheit haben, mit in die Verantwortung zu kommen. Denn einen so qualifizierten Mitarbeiter würde sich die Regierung sicher wünschen.

(Ruppert (F.D.P.): Ist das eine freundliche Einladung? - Weitere Zurufe)

- Das wird sich durch die Wähler erweisen. Aber ich hatte es eigentlich ironisch gemeint.

Herr Paus, was Sie überhaupt nicht angesprochen haben, ist die Situation, daß die Beamtinnen und Beamten bei der Polizei die Polizeizulage, die ja jetzt 200 DM betragen soll, schon längst hätten haben können, wenn der Bund dem Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen entsprochen hätte.

(Zuruf von der CDU: 180 DM!)

- Das ist richtig. Wir hatten zunächst weniger beantragt. Aber das war bisher der einzige Antrag, der im Bundesrat vorlag, und diesem ist bis heute nicht entsprochen worden. Wir haben dann - das ist auch richtig - nachge-

bessert und sind auf 200 DM gegangen. (C) Dieser Antrag liegt auch vor.

(Zurufe von der CDU)

- Ja, ja, ich weiß. Damit treten Sie natürlich eine Lawine in anderen Bereichen los, für die Sie ja auch keine Verantwortung tragen.

Meine Damen und Herren, ich darf noch kurz darauf hinweisen, daß wir auch im Sachhaushalt entsprechende Initiativen in bezug auf 148 Funkstreifenwagen ergriffen haben. Diese Finanzierung ist bereitgestellt. Des weiteren geht es um die Neubaumaßnahmen im Schutzbereich Nord des Polizeipräsidiums Gelsenkirchen, und für den Neubau der Kreispolizeibehörde Mettmann werden wir durch die Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln die Dinge beschleunigen. Ich meine, damit hätten wir im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, die wir in diesem Haushalt haben, einiges für die Polizei getan.

Herr Paus, ich bin gern bereit, Ihnen zuzugeben, daß sich die Aufgaben der Polizei nicht nur quantitativ, sondern vor allen Dingen auch qualitativ erweitert haben. Ich denke nicht nur an die Wohnungseinbrüche, wo der Innenminister meines Erachtens relativ schnell und durchgreifend reagiert hat. Ich erinnere nicht nur an die Drogenpolizei und an die Anti-Drogen-Disco.

(Zurufe von der CDU)

(D) Es wäre vielleicht auch wichtig, einmal darüber nachzudenken, ob man den vielfältigen Aufgaben, die der Polizei in den letzten Jahren zugewachsen sind - neben der Drogenkriminalität und der Rauschgiftkriminalität die Umweltkriminalität und die organisierte Bandenkriminalität -, einfach noch dadurch begegnen kann, indem man immer wieder neue Personalforderungen stellt, oder ob man nicht auch einmal durch eine Strukturanalyse die Aufgaben der Polizei neu durchdenken muß. Dieser Auftrag ist ja vom Innenministerium bereits vergeben worden. Ich glaube, es ist - ähnlich wie im Schulbereich - nicht möglich, daß wir durch immer mehr Polizisten/Lehrer versuchen, neue gesellschaftliche Entwicklungen in den Griff zu bekommen, sondern wir müssen hier mit anderen Strategien versuchen, in etwa mit dem gleichen Personalbestand auszukommen. Dazu wird ja ein wesentlicher Teil bereits im Bereich der Ausbildung der Polizei geleistet. Der heutige Polizeibeamte ist besser und vielseitiger ausgebildet, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Ich glaube, daß sich auch durch diese qualitative Verbesserung der Ausbildung manches erreichen läßt.

(Frechen (SPD))

- (A) Meine Damen und Herren, der Einzelplan 03 besteht allerdings nicht nur aus dem Kap. 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen -, sondern auch aus anderen Bereichen. Ich darf deshalb noch auf eine Initiative unserer Fraktion verweisen, die im Rahmen der Ausbildung der Polizei, aber auch des gehobenen nichttechnischen Dienstes eine Rolle spielen wird. Ich meine die 400 000 DM, die wir für ein bei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung zu errichtendes Institut für Kommunalwissenschaften und Verwaltungswissenschaften bereitgestellt haben. Wir glauben, durch den gesammelten Sachverstand, den wir durch diese Institution des Landes haben, die Möglichkeiten nutzen zu können, die wir in vielen Bereichen nicht nur der Landesverwaltung, sondern auch der Kommunalverwaltung benötigen, nämlich Grundsatzüberlegungen, Entwicklungsvorhaben, Handlungsstrategien, Hilfeleistungen für ökonomische Probleme in der Verwaltung, für ökologische Probleme in der Verwaltung, für gesellschaftliche Probleme bis hin zu Ansätzen für eine Politikberatung. Auch das ist im Einzelplan 03 enthalten.

Resümierend darf ich feststellen, daß wir nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten versucht haben, das Optimum für diesen Einzelplan herauszuholen. Wenn man natürlich mit der Elle des Wünschbaren an die Dinge herangeht, wird man enttäuscht sein. Wenn man aber vom Notwendigen und vom Vorhandenen ausgeht, können wir hier, glaube ich, zufrieden sein.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Frau Abg. Larisika-Ulmke das Wort.

Frau Larisika-Ulmke (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Frechen, bei dieser Diskussion geht es nicht darum, wie gut wir uns leiden können und wie wir uns im Ausschuß verstehen. Ich gebe Herrn Kollegen Paus recht, wenn er sagt: Wir haben hier die Bilanz für fast fünf Jahre dieser Legislaturperiode zu ziehen. An dieser Stelle müssen wir uns dann auch mit dem zuständigen Minister auseinandersetzen, der diesen Haushalt vorgelegt hat. Herr Minister Schnoor, das können wir nun einmal im Ausschuß ziemlich wenig; da sehen wir Sie nicht so häufig. Dann müssen wir das eben an dieser Stelle tun.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Minister, wenn wir hier Bilanz ziehen, dann darf ich auch einmal darauf hinweisen,

was Sie in der letzten Haushaltsrede der vorigen Legislaturperiode gesagt haben, bei der Sie im übrigen als liberalster Innenminister von Ihren Kollegen gefeiert wurden. Sie selbst, Herr Minister, haben damals auf den Entschließungsantrag der SPD-Fraktion die angeblichen Grundsätze der Sicherheitspolitik der Landesregierung erwähnt und von Humanität, Liberalität, Rechtsstaatlichkeit, Verhältnismäßigkeit, Bürgernähe und Wirksamkeit hingewiesen.

(C)

Da muß ich Sie fragen, Herr Minister: Was ist daraus geworden? Was haben Sie unternommen, wenn Sie damals - wie gesagt vor fünf Jahren - schon erkannt haben, daß die Schwerpunkte im Bereich der Jugendkriminalität, der Drogenkriminalität, der Wirtschaftskriminalität, des organisierten Verbrechens und der Umweltkriminalität liegen?

Herr Innenminister, Sie haben das Thema Innere Sicherheit in diesen letzten Jahren nur unter dem Gesichtspunkt "Was schadet oder nützt es der SPD?" gehandelt.

Was Sie in den vergangenen Jahren zur persönlichen Selbstdarstellung alles vollmundig verkündet haben, ist ein Verrat an der Polizei und an den Bürgern in diesem Lande.

(Frau Rauterkus (SPD): Na, na!)

- Nein, nein, Frau Rauterkus: Hören Sie sich bitte immer wieder an, was der Innenminister erzählt, was der Innenminister dem Bürger vormacht und wie es die Polizei dann halten muß.

(D)

Herr Minister, Sie haben ohne Rücksicht darauf, was von den Polizisten leistbar ist, der Bevölkerung Versprechungen gemacht und angekündigt, die von den Polizeibeamten nicht einzulösen sind. Sie haben mehr Bürgernähe, mehr Prävention angekündigt; Sie haben die Polizei durch dieses Modell der belastungsbezogenen Kräfteberechnung beunruhigt. Sie haben von Beratungsstellen gesprochen. Dann versprechen Sie die verstärkte Bekämpfung der Wohnungseinbrüche und der Rauschgiftkriminalität, verschweigen aber, daß Sie dafür anderswo Kräfte abziehen. Der Kollege Paus hat eben das Beispiel des MEK Essen angeführt.

Herr Minister, was Sie sich gestern abend in der Aktuellen Stunde zu diesem Thema geleistet haben, das war meiner Meinung nach ein Armutszeugnis, und zwar auch an Unkenntnis über die Situation in diesem Lande,

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

(Frau Larisika-Ulmke (F.D.P.))

- (A) wenn ich nur höre, daß Sie keine Kenntnis darüber haben, ob Nordrhein-Westfalen der Hauptumschlagplatz ist. Ich schlage Ihnen vor, einmal ins Ruhrgebiet zu gehen.

Wenn Sie hier so einfach erzählen, demnächst werde die schwere Kriminalität besser bearbeitet, weil Sie die Polizei von Papierkram entlasten, dann sagen Sie einmal, wie Sie das machen wollen. Durch die 300 Angestellten, die hier für drei Jahre eingestellt werden, aber im Grunde genommen die Probleme auch wieder nur von der Kriminalpolizei zur Schutzpolizei verlagern, was im übrigen ein Thema ist, auf das ich gleich noch einmal zu sprechen komme?

Die Polizei kann das, was Sie hier versprechen, nicht leisten. Ich frage Sie: Warum sonst, als um auf die Mißstände aufmerksam zu machen, gehen die Polizeibeamten auf die Straße? Warum sonst haben zum Beispiel Polizeibeamte im Kreis Unna - aber auch anderswo - am 12.09.1989 bei der Bevölkerung mit Handzetteln um Verständnis geworben?

Es ist doch gerade das Problem für die Polizeibeamten, daß die Bevölkerung es nicht mehr versteht, daß Sie vom Innenminister immer etwas versprochen bekommt, die Polizeibeamten es aber nicht tun können. Sollen die sich den Vorwurf gefallen lassen, sie wären zu faul? Die Entwicklung der Zahlen, die wir hier sehen, ist doch unglaublich.

(B)

Vom Kreis Unna kann ich Ihnen sagen: Dort sind seit 1980 jährlich 5 % des Personals abgebaut worden, und für neun Dienststellen stehen dort innerhalb einer 8-Stunden-Schicht 40 Beamte zur Verfügung, die aber all das leisten sollen, was Sie versprechen und was sowieso in den letzten Jahren an Aufgabenbelastung hinzugekommen ist.

Daß das Zorn bei der Polizei verursacht und sie das Gefühl hat, zwischen die Fronten zu geraten, ist den Beamten nicht zu verdenken.

Herr Innenminister! Um noch einmal auf Ihre Rede zu kommen, die Sie bei der letzten Haushaltsplanberatung gehalten haben, und weil Sie auch diese Grundsätze von Humanität, Liberalität und so weiter immer wieder gebetsmühlenartig vortragen - was auch der Ministerpräsident tut -, frage ich Sie: Wieviel Humanität lassen Sie gegenüber den Polizeibeamten gelten?

Ein sichtbares Beispiel dieser Humanität ist die Landeskriminalschule. Für mich - die Kollegen meiner Fraktion haben es neulich

auch gesehen - ist es absolut inhuman, was Sie dort Polizeibeamten, die mitten im Leben stehen, die Familienväter sind und über Wochen und teilweise Monate Ihre Lehrgänge verbringen müssen, zumuten.

(C)

(Minister Schnoor: Dann tun Sie doch etwas!)

- Herr Innenminister, ich habe diese Schule vor 1966 kennengelernt. Seitdem ist nur das Mobilar verändert worden; ansonsten sind die sanitären Anlagen wirklich noch wie um die Jahrhundertwende.

Nehmen wir einmal das Thema Rechtsstaatlichkeit! Mit Genehmigung der Frau Präsidentin darf ich an dieser Stelle einmal zitieren, was Sie vor fünf Jahren gesagt haben:

Sie können mir keinen Fall nachweisen, in dem ich etwa Nötigungstatbestände verharmlöst hätte.

Ich habe immer darauf hingewiesen - auch wenn es um Demonstrationen von besonders bewegten und engagierten Bürgern ging, die um den Frieden besorgt waren -, daß es Grenzen für den Rechtsstaat gibt und daß derjenige, der den Tatbestand der Nötigung erfüllt, mit Maßnahmen der Polizei, mit Anzeigen zu rechnen hat, daß wir hier keinen Ermessensspielraum haben.

Wie war das bei den Brückenbesetzungen, Herr Innenminister? Da haben Sie sich offenbar von dem, was Sie damals gesagt haben, abgewandt.

(D)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Da wir über Rechtsstaatlichkeit reden und ich schon einmal beim Zitieren bin, Frau Präsidentin: Es ist vielleicht doch ganz pikant, Herr Innenminister, auch einmal aufzuzeigen, wie schnell Sie sich wenden können und wie Sie sich verbiegen können.

In der gleichen Rede haben Sie nämlich auch gesagt - -

(Zurufe von der SPD)

- Ja, das kann ich Ihnen jetzt an einem Beispiel belegen. Wir beraten ja zur Zeit - Herr Frechen hat ja darauf hingewiesen - das Polizeigesetz. Da sind ja ein paar interessante Sachen enthalten, mit denen wir noch einige Probleme haben; aber wir wollen ja darüber diskutieren.

Da haben Sie damals - kurz bevor das neue Polizeigesetz eingebracht werden sollte - gesagt:



(Frau Larisika-Ulmke (F.D.P.))

- (A) Auch das Streben nach größerem Erfolg in der Kriminalitätsbekämpfung darf nicht dazu verführen, die Grenzen der Rechtsstaatlichkeit zu verletzen.

Das ist richtig.

Dann gehen Sie weiter und fordern:

Polizeibeamte sollten nicht in den Untergrund gehen; denn auch Sie wissen, daß in der Diskussion um die Bekämpfung der organisierten Kriminalität von einigen gefordert wird - auch und gerade von einigen aus Ihren Reihen -, Polizeibeamte sollten in den Untergrund gehen. Dagegen habe ich die größten Bedenken, weil die Gefahr besteht, daß der Bürger dann nicht mehr erkennt, ob ihm Einzelfall ein Polizeibeamter tätig ist oder ob er es mit Kriminellen zu tun hat.

Außerdem verbietet uns die Fürsorgepflicht, so zu handeln, wie andere dies wollen.

Sehen Sie, Herr Minister, das ist nur ein Beispiel dafür, wie schnell Sie sich umdrehen können, wenn es Ihnen nützt.

(Minister Dr. Schnoor: Sie haben es nicht begriffen!)

- Doch, ich habe es schon begriffen.

- (B) (Minister Dr. Schnoor: Ich erkläre es Ihnen gleich!)

- Ich bin gerne bereit, Erklärungen entgegenzunehmen, weil Sie im Innenausschuß dazu ja auch keine Gelegenheit haben. Ich bin für Belehrungen immer dankbar. Aber in diesem Beispiel kommt, so meine ich, eher zum Ausdruck, daß auch Sie sich gelegentlich Lehren anhören könnten, denn das, was Sie uns hier immer wieder erzählen, ist nur ein Sand-in-die-Augen-der-Bevölkerung-Streuen.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Und, Herr Innenminister, wenn wir alle merken, daß das, was von uns vorgeschlagen worden ist und auch von Ihren Parteifreunden insgesamt als nachdenkenswert erkannt wird, einfach bei Ihnen und in Ihrem Hause nicht verwirklicht wird, dann muß man sich fragen, woran das liegt. Sie galten einmal als der starke Mann dieses Kabinetts. Aber mehr und mehr muß man doch erkennen, daß Sie keine Durchsetzungskraft mehr besitzen, auch in Ihrer Partei keine Unterstützung mehr finden.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

(C) Denn wie ist es sonst, Herr Innenminister, zu erklären, daß, abgesehen von einigen Kleinigkeiten im Personalbereich - ich muß wirklich sagen: einigen Kleinigkeiten -, die einzige augenfällige Konsequenz aus "Gladbeck" war, daß Sie Hubschrauber anfordern? Der Herr Staatssekretär erklärt mir, man habe erkannt, daß das notwendig gewesen sei. Dann frage ich Sie allen Ernstes: Wie konnten Sie dann den Nerv besitzen, in einer hochbrisanten Polizeilage in die Niederlande zu fliegen, dort einen Termin in Sachen Selbstdarstellung abzuhalten und der Polizei diese Möglichkeit des Einsatzes eines Hubschraubers zu nehmen? Wenn die Polizei wirklich diesen Hubschrauber gebraucht hätte, dann hätten Sie ihn doch nicht blockieren dürfen!

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Aber auch bei dieser Anschaffung hat man im Grunde genommen den Eindruck, die Polizeihubschrauber würden mehr dafür gekauft, im Wahlkampf Mitglieder der Landesregierung - ich sage es einmal salopp - bequem durch die Gegend zu schaukeln.

(Zustimmung bei der CDU)

Anders kann ich das Ganze nicht verstehen. Wir haben im vorigen Jahr schon beantragt, statt dessen Personal einzustellen. Aber Sie hielten ja die Hubschrauber für wichtiger.

(D) Wir haben in diesem Jahr - Herr Kollege Paus hat es ausdrücklich bemerkt -, also 1989, effektiv weniger Polizeibeamte als 1980 - und das bei steigender Belastung, bei steigender Arbeitszeit, bei neuer Qualität der Straftaten. Und die Neueinstellungen, die Sie hier ankündigen, die wiegen einfach die Abgänge nicht auf. Wir fordern Sie auf, endlich ein Konzept vorzulegen, denn das, was Sie machen, ist alles nur Flickschusterei. Deswegen haben wir auch keine Anträge gestellt, nämlich weil wir nicht bereit sind, zu dieser Flickschusterei beizutragen. Die vernünftigen Anträge, die wir im vorigen Jahr gestellt haben - zum Beispiel Umwandlung der Mittel für die Hubschrauber in Personalstellen -, die lehnen Sie ja doch ab.

Ich weiß, daß Sie mir gelegentlich vorwerfen, ich würde behaupten, die Polizei arbeitete noch mit Ärmelschonern. Mit Ärmelschonern arbeitet sie nicht. Aber ich war dieser Tage wieder im ländlichen Raum, in Waltrop. Wenn ich sehe, daß dort Wachhabende immer noch gleichzeitig in einer Person Telefonist, Hausmeister - Sie dürfen die Birnen auswechseln, die Post sortieren - und Fremdenführer sein dürfen, dann frage ich Sie, wie

(Frau Larisika-Ulmke (F.D.P.))

- (A) der Bürger vor Ort es verstehen kann, wenn Sie in der Zeitung immer wieder ankündigen, wir bekämen mehr Beamte. Im Grunde genommen ist es nur ein Verlagern.

Herr Kollege Frechen sprach an, daß es neben der Polizei noch andere Bereiche gibt. Aber es ist immer wieder das Erkennen, Herr Innenminister, daß Sie Dinge in die Welt setzen und im Grunde genommen nur eine Verunsicherung insgesamt herbeiführen.

Nur einige Beispiele dazu: Das Frauenförderkonzept verärgert den öffentlichen Dienst. Mit dem Ausländerwahlrecht haben Sie eigentlich in der gesamten Bevölkerung - bei den Deutschen wie auch bei den Ausländern - Verunsicherung verursacht. Über das Vermessungs- und Katastergesetz sprechen wir noch. Das Landespersonalvertretungsgesetz ist ein immer wiederkommendes Ärgernis. Das wissen alle Ihre Kabinettskollegen. Es ärgert Sie selbst, aber Sie haben keinen Mut, an die Sache heranzugehen.

Darum, Herr Innenminister, kann ich Ihnen für meine Fraktion nur sagen: Dieser Haushalt läßt keine Konzeption erkennen. Wir sind nicht gewillt, diese vorzulegen. Ich könnte hier nur noch etwas ironisch anmerken: Der einzig wirklich gelungene Wurf der letzten Zeit ist der Wurf von sieben Hundewelpen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Tschoeltsch (F.D.P.): Obwohl die am Anfang, glaube ich, auch blind sind?!)

- (B) Frau Vizepräsident Friebe: Ich erteile das Wort dem Innenminister, Herrn Dr. Schnoor.

Dr. Schnoor, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin, Sie haben wirklich zu einem Rundumschlag angehoben. Ich bin allerdings nicht ganz sicher, ob dieser mich wirklich erreicht hat. Aber ich habe es mir einmal notiert. Frauenförderungsgesetz: Das war natürlich nicht richtig, nur weil Ihre Position nicht eingehalten worden ist.

(Lanfermann (F.D.P.): Ihre ist nicht eingehalten worden!)

- Meine? Aber nein.

Personalvertretungsgesetz: Das ist nicht richtig, nur weil Sie gegen die Mitbestimmung sind. Sie sagen, viele meiner Kollegen seien dagegen. Natürlich; es ist auch schwer, Mitbestimmung zu praktizieren. Wenn man selber betroffen ist, ist das immer lästig. Das geht mir auch so. Trotzdem ist es richtig, meine Damen und Herren. Es ist nicht so,

daß ich keinen Mut habe, das Gesetz zu ändern. Ich will es nicht ändern, weil ich mit diesem Gesetz so arbeiten will, wie es ist. Ich will die Unbequemheit der Mitbestimmung. (C)

Weiterhin paßt Ihnen das Vermessungs- und Katastergesetz nicht. Ich bin gespannt, welcher Interessengruppe Sie hier folgen werden. Man muß sich da entscheiden, meine Damen und Herren. Aber das werden wir ja erleben.

Ausländerwahlrecht: Ich weiß, Sie sind dagegen. Ich bin gespannt, wie Sie Ihre Position durchhalten werden, beispielsweise zum kommunalen Wahlrecht für Ausländer, wenn wir die Grenzkontrollen wirklich abgeschafft haben und Europa zusammenwächst. Ich bin gespannt, wie Sie dieses dann in Aachen und Bocholt den niederländischen Staatsbürgern deutlich machen können, die darauf verweisen, wie die Deutschen darauf verweisen, daß die Deutschen auf der anderen Seite der Grenze wählen können. Aber hier darf nicht gewählt werden. Das werden Ihre Kunststücke sein. Vielleicht erkundigen Sie sich beim Bundesaußenminister, wie er hier Ihre Haltung bewertet.

Es sind eine Fülle von Themen, die Sie angesprochen haben. Ich kann gar nicht auf alle eingehen, aber ich will versuchen, auf ein paar Dinge einzugehen.

Da war bei Herrn Paus die Rede von der nordrhein-westfälischen Linie oder, wie er sagte, der "Schnoor-Linie". (D)

(Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Es gibt eine nordrhein-westfälische Linie, meine Damen und Herren, allerdings, und zwar bei den Polizeieinsätzen bei Demonstrationen. Da ist für uns das Leitbild nicht der Polizeieinsatz Pfingsten 1987 in Wackersdorf. Das ist nicht unsere Leitlinie.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Leitlinie ist vielmehr die große Friedensdemonstration in Bonn 1981, aber auch die absolut friedlich verlaufene Großdemonstration zum RAF-Hungerstreik am 30. April in Bonn. Das ist unsere Leitlinie.

Nur, Sie insinuierten doch, meine Damen und Herren - und das machen leider auch Sie, Frau Kollegin -, als ob es diese Leitlinie bei der Verbrechensbekämpfung gäbe. Dabei wissen Sie ganz genau, daß das nicht zutrifft. Natürlich werden Mord, Diebstahl und Totschlag hier nicht anders und hier nicht mit anderen Maßstäben gemessen als in

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) anderen Bundesländern auch, meine Damen und Herren. - Herr Kollege Paus hatte eine Zwischenfrage.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Kollege Paus, Sie möchten eine Zwischenfrage stellen? - Bitte schön. Der Minister läßt es zu.

Paus (CDU): Zum Thema NRW-Linie, Leitlinie. War denn nicht für das gesamte Einsatzgeschehen in Gladbeck die Leitlinie der Sachverhalt, wie er vorher in Duisburg gelaufen war? Gab es da nicht auch Vorgaben, Vorlinien, genauso wie Sie das jetzt mit den Demonstrationen bezeichnen?

Dr. Schnoor, Innenminister: Also, Herr Paus, Sie müßten es eigentlich besser wissen, denn nach meiner Kenntnis gehören Sie dem Untersuchungsausschuß an, und da ist manches Kartenhaus, das Sie vorher aufgebaut haben, inzwischen wohl zusammengefallen.

(Beifall bei der SPD)

Jedenfalls diese Behauptung habe ich noch nirgends gehört, daß es vor Gladbeck eine bestimmte Vorgabe gegeben hätte.

Aber da Sie Gladbeck ansprechen, will ich doch eine Bemerkung dazu machen, die reizt mich wirklich.

- (B) Da sagen Sie: Der Innenminister bekennt sich nicht zu seiner Polizei. Erinnern Sie sich eigentlich an unsere Auseinandersetzung hier, wie ich immer darauf hingewiesen habe, daß Sie hier ständig die nordrhein-westfälische Polizei anprangern, und ich derjenige sein muß, der sich vor sie stellen mußte -

(Beifall bei der SPD)

in einer für mich nicht einfachen Situation? Wo haben Sie denn da gestanden? Weggetaucht sind Sie, meine Damen und Herren, weil es nämlich un bequem war, weggetaucht sind Sie.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Aber natürlich muß man, wenn es Fehlverhalten gibt, dann auf der anderen Seite dieses auch klar sagen. Beispielsweise hat es Fehler beim Polizeieinsatz am Mauenheimer Hof in Köln gegeben. Mancher von Ihnen mag das im Fernsehen verfolgt haben. Hier hatte die Polizei eine richtige und gute Konzeption, aber sie ist fehlerhaft durchgeführt worden. Und dann hat es auch noch in Einzelfällen Übergriffe auf Bürger gegeben.

Da kann ich nur sagen: In einem solchen Fall muß ich mich auch öffentlich dazu bekennen,

daß heißt, dann nenne ich die Fehler. Aber damit stehe ich doch gleichzeitig vor der Polizei, denn ich distanziere mich doch nicht von der Polizei. Und das muß man so auch tun, sonst kann man Polizei auch nicht führen. (C)

Insbesondere wenn man Polizeibeamte in schwerer Situation, wie damals in Gladbeck, alleinlassen würde, dann kann man Polizei nicht führen und dann kann man von der Polizei auch nicht Einsatz erwarten. Sie wissen auch, daß die nordrhein-westfälischen Polizeibeamten, wo sie auch immer politisch stehen mögen, dieses genauso sehen, so wie ich es hier sage. Sie wissen es auch, nur Sie können dies hier nicht zugeben, meine Damen und Herren.

Dann ist hier die Personalsituation für den gehobenen Dienst angesprochen worden. Es ist richtig, Herr Kollege Paus, daß der Anteil des gehobenen Dienstes bei der Schutzpolizei ungünstiger ist als in einigen anderen Bundesländern. Aber wir stehen immer noch günstiger da als Bayern und Baden-Württemberg. Sehen Sie es sich doch an.

(Widerspruch des Abg. Paus (CDU))

- Doch, ich werde es Ihnen herausuchen. Ich finde das schon irgendwo. Das ist die zweite Position. Bei dem gehobenen Dienst insgesamt in der Polizei, Schutz- und Kriminalpolizei zusammen, haben wir die zweite Position nach Berlin. Wir stellen in den gehobenen Dienst bei der Kriminalpolizei ein, nur wir und Berlin. Niemand sonst ist uns hier gefolgt. Das vergessen Sie immer zu sagen. Da wir den Wechsel von der Schutzpolizei in die Kriminalpolizei vorgesehen haben, kommen diese Stellen auch der Schutzpolizei zugute. Das vergessen Sie immer. (D)

Wenn man nur den gehobenen Dienst der Schutzpolizei betrachtet, dann stehen wir jedenfalls immer noch besser da als andere süddeutsche Länder, die uns immer als Musterknaben vorgehalten werden. Ich will hier gleichwohl eine Verbesserung, wie Sie, damit wir uns nicht mißverstehen.

Nur, ich muß mich im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten halten, denn ich trage auch eine Verantwortung für den Gesamthaushalt, und ich kann mich nicht bei dem einen Etatposten mit dem Herrn Kollegen Dorn darüber unterhalten, was zur Solidität der Finanzen gehört und wie der Haushalt auszusehen hat, um dann anschließend Ihnen zu sagen: Aber Ihnen stimme ich natürlich zu, daß wir mehr Personalstellen bei der Polizei

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) haben müssen, deswegen bin ich dafür, daß Sie solche Anträge stellen. Nein, da muß man schon konsequent sein, meine Damen und Herren.

Im übrigen dürfen wir erwarten, daß beispielsweise auf die 130 freiwerdenden Stellen des mittleren Dienstes der Kriminalpolizei im Jahre 1990 Beamte des gehobenen Dienstes eingestellt werden. Das sind Beförderungstellen, die letztlich der Schutzpolizei zugute kommen.

Oder ich nenne einen anderen Punkt. Sie haben die Wohnungseinbrüche genannt. Es ist wahr, dieses belastet die Menschen bei uns im Lande, belastet mich auch, auch die Polizei. Und es ist richtig, daß die Aufklärungsquote niedrig ist.

Nur, der BdK trägt mir ständig vor, ich möge mich bei Neuordnungsfragen der Polizei bitte nicht an dem Modell Baden-Württemberg orientieren, wo, Herr Kollege Paus, die Schutzpolizei bei der Kriminalitätsbekämpfung stärker in der Sachbearbeitung tätig ist als bei uns in Nordrhein-Westfalen. Ich möchte mich mehr in diesem Punkt an Baden-Württemberg orientieren. Da trägt mir der BdK vor, das sollte ich gefälligst nicht tun; denn die Kriminalitätsbekämpfung in Baden-Württemberg sei schlechter als bei uns - und dann wird auf die Wohnungseinbrüche verwiesen. Was gilt denn nun eigentlich? Sie beziehen sich doch immer gern auf den BdK als Kronzeugen.

- (B) Im übrigen: Sie mögen das besondere Programm gegen Wohnungseinbrüche, das mit den Beamten aus der Bereitschaftspolizei durchgeführt wird, Frau Kollegin, für nicht ausreichend halten. Natürlich kann man das sagen. Ich hätte auch gern mehr. Aber ich habe nicht mehr Beamte zur Verfügung. Ich kann Ihnen nur sagen: Sprechen Sie einmal mit den 400 jungen Kolleginnen und Kollegen aus der Bereitschaftspolizei, die hier eingesetzt sind. Sprechen Sie beispielsweise einmal mit denen, die in Duisburg an einem der ersten Tage, an denen sie eingesetzt waren, in der Lage waren, bei fünf von sechs Wohnungseinbrüchen zur Aufklärung beizutragen. Das kann nicht immer so gelingen; aber es ist doch etwas!

Daß Sie das hier im Landtag nicht anerkennen wollen, verstehe ich. Aber Sie können mir nicht vorwerfen, daß wir angesichts von Haushaltsengpässen - die es allenthalben gibt und die einen dazu zwingen, auch selber mit dafür zu sorgen, daß der Haushalt nicht aus dem Ruder läuft - nicht Ideen haben und uns etwas einfallen lassen und hier auch etwas geleistet haben.

Ein weiterer Punkt ist die belastungsbezogene Kräfteberechnung. Da sagen Sie: Mängelverteilung. Das ist doch Unsinn! Bei der belastungsbezogenen Kräfteverteilung geht es um Gerechtigkeit. Das hat doch nichts damit zu tun, ob wir insgesamt genug Polizeibeamte haben! (C)

Ein anderer Punkt, der mich doch etwas - -

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie hier eine Zwischenfrage von Frau Larisika-Ulmke?

(Minister Dr. Schnoor: Gerne!)

- Bitte schön!

Frau Larisika-Ulmke (F.D.P.): Herr Minister, in Anbetracht auch der finanziellen Probleme des Landes - warum sagen Sie dann nicht den Bürgern: Es sind nicht grundsätzlich neue Stellen, sondern wir müssen verlagern. Warum sagen Sie das dann nicht in aller Öffentlichkeit, um damit im Grunde genommen noch mehr Verständnis zu wecken?

Dr. Schnoor, Innenminister: Aber, Frau Kollegin, ich habe doch nie einen Hehl daraus gemacht und sage auch jetzt, daß die Polizei besonders belastet ist und ich an sich gern mehr Polizei hätte. Ich versuche, die vorhandene Polizei sachgerecht einzusetzen - und ich meine, auch mit gewissem Erfolg.

Es gibt einen weiteren Punkt, der mich bei aller Sympathie und allem Verständnis doch etwas gestört hat, Frau Kollegin. Sie haben im Zusammenhang mit dem Polizeigesetz behauptet, ich hätte meine Meinung beim verdeckten Ermittler geändert. Ich weiß schon, warum Sie das sagen: In Hessen hat auf Veranlassung der F.D.P. die hessische Koalition den verdeckten Ermittler abgelehnt - und das, Frau Kollegin, trotz des Drogenumschlagplatzes Frankfurt! Ich finde, das ist eine sehr bemerkenswerte Entscheidung gewesen. Sie suchen nun nach einer Gelegenheit, sich hier vielleicht auch herauszuwinden. Aber dafür können Sie mich nicht als Kronzeugen anführen. (D)

Dazu will ich Ihnen etwas sagen: Vor den einstimmigen Beschlüssen der Innenministerkonferenz und der Justizministerkonferenz über den verdeckten Ermittler, zu denen auch ich ja gesagt habe, ist nicht der verdeckte Ermittler, sondern der alte "Under-Cover-Agent" diskutiert worden, den es inzwischen nicht einmal mehr in den Vereinigten Staaten gibt. Dieser alte "Under-Cover-Agent", der angeblich jahrelang in den Untergrund untertaucht, dort im Untergrund lebt, der

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) "die Mutprobe" machen und Straftaten begehen darf und der nicht an das Legalitätsprinzip gebunden ist, Frau Kollegin, der ist damals diskutiert worden. Da habe ich gesagt: nein.

Dazu stehe ich nach wie vor. Wenn wir das organisierte Verbrechen bekämpfen wollen, dann dürfen wir nicht selbst dazu beitragen, daß so etwas wie eine Parallelgesellschaft entsteht. Der Bürger muß immer erkennen können, was ein Polizeibeamter und was ein Krimineller tut. Er muß wissen: Wenn irgendwo eine Straftat begangen wird, dann kann das nur ein Krimineller gewesen sein und nicht etwa ein Polizeibeamter im staatlichen Auftrag. Das darf nicht geschehen!

Nachdem dies klargestellt war, Frau Kollegin - und das ist erst in der gemeinsamen Konferenz klargestellt worden -, habe ich ja zu dem verdeckten Ermittler gesagt. Und Sie sollten auch ja dazu sagen; denn ich halte das für unerlässlich.

Übrigens, noch zu diesem Thema: Für mich war ganz interessant, daß auch in den Vereinigten Staaten niemand glaubt - und ich habe mit zwei ehemaligen UCA gesprochen -, man könne in den Kern einer verbrecherischen Organisation eindringen. Das glaubt niemand von denen. Man kommt nur an den Randbereich heran - und das ist auch das, wovon wir ausgehen.

- (B) Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage von Frau Larisika-Ulmke?

(Minister Dr. Schnoor: Ja!)

- Bitte schön, Frau Abgeordnete!

Frau Larisika-Ulmke (F.D.P.): Herr Minister! Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß sich die F.D.P.-Fraktion hier nicht irgendwie wegstellen will, sondern gerade auch in einem problematischen Bereich nach Gemeinsamkeiten sucht, aber daß ich darauf hinweisen wollte, wie schnell Sie gelegentlich auch Ihre Meinung ändern können?

Dr. Schnoor, Innenminister: Ich kann Ihnen nur noch einmal sagen, Frau Kollegin: Ich habe meine Meinung nicht geändert. Jetzt erinnere ich mich daran: Es war eine Veranstaltung des Bdk in Duisburg, auf der ich zu dem Thema "Under-Cover-Agent" gesprochen habe. Damals waren Sie zugegen. Wenn es diesen verdeckten Ermittler geben sollte, der damals im Gespräch war, dann sage ich Ihnen nach wie vor: mit mir nicht!

- (C) Mit mir gibt es keine Verbrechensbekämpfung, bei der die Grenze der Rechtsstaatlichkeit überschritten wird. Mehr Effizienz auf Kosten der Rechtsstaatlichkeit gibt es mit mir nicht, Frau Kollegin! Deswegen sage ich nach wie vor nein.

Aber wenn es um den verdeckten Ermittler geht, wie wir ihn vorgesehen haben - der strikt an das Legalitätsprinzip gebunden ist, der in der Praxis täglich dem Staatsanwalt seinen Bericht über das erstattet, was er gesehen hat, damit der Staatsanwalt entscheiden kann, wie der Gerechtigkeit Genüge getan wird -, dann kann ich nur sagen: Diesen brauchen wir angesichts der Probleme in der Drogenkriminalität, bei der Drogenbekämpfung.

Aus Zeitgründen kann ich leider nicht auf alles eingehen; aber ich möchte doch noch eine Bemerkung zu dem Thema "Drogen" machen. Die Landesregierung wird ja nicht erst jetzt bei der Drogenbekämpfung tätig, sondern es geht um eine Ausweitung und eine Zusammenfassung bisheriger Maßnahmen, auch um ein gemeinsames Programm, das ich gestern zusammen mit Herrn Kollegen Heinemann und Herrn Kollegen Krumsiek vorgestellt habe.

Ich will dazu nur soviel sagen: Es sind erstens bereits zusätzliche Mittel dafür im Haushalt 1990 eingeplant, nämlich 50 Stellen für die Kripo, 100 zusätzliche Stellen für BGS-Beamte und Angestelltenstellen.

(D) Zweitens habe ich bereits ein Mobiles Einsatzkommando, nämlich das Essener, dem LKA zur Verfügung gestellt, damit dieses eingesetzt wird, um gezielt an die Hintermänner heranzukommen. Natürlich habe ich damit eine Lücke aufgerissen, die ich vorübergehend mit Hilfe auch von SEK-Beamten gestopft habe. Aber diese Lücke müssen wir auffüllen. Deswegen gehört auch zu dem Programm, das ich gestern mit den Kollegen vorgestellt habe, unter anderem, daß wir ein zusätzliches MEK aufstellen.

In diesem Programm sind - und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieses zur Kenntnis nehmen würden - ganz gezielt die Stellen ausgewiesen, und zwar für die Jahre 1991 bis 1994; denn das konnten wir jetzt nicht mehr, unser Haushalt ist ja verabschiedet - praktisch verabschiedet. Wir haben nicht gesagt, generelle Verstärkung der Polizei, wir haben nicht gesagt, generelle Verstärkung der Kriminalpolizei, wir haben nicht einmal gesagt, generelle Verstärkung der Polizei, soweit sie mit der Drogenbekämpfung zu tun hat, sondern wir haben uns die Sachgebiete im einzelnen angesehen.

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) Ein Sachgebiet will ich Ihnen einmal nennen: Wie erreichen wir die Abschöpfung verbrecherischer Gewinne? Das ist einmal ein Rechtsproblem, aber es ist auch ein schwieriges Sachbearbeiterproblem, Frau Kollegin, das wissen Sie, ein sehr schwieriges Sachbearbeiterproblem. Dafür sind zusätzliche Stellen vorgesehen. Die Kräfte habe ich noch nicht, die müssen wir ausbilden.

Wir werden wahrscheinlich einige aus dem Bereich Wirtschaftskriminalität herausziehen müssen. Ich weiß, da reißen wir neue Lücken. Ich weiß das. Natürlich sind die Kräfte nicht sofort vorhanden. Wir können aber hier angesichts der großen Bedrohung, die vor uns steht, Kolleginnen und Kollegen, nicht länger warten. Angesichts der großen Bedrohung, die vor uns steht, können wir nur gemeinsam handeln bei der Bekämpfung etwa der Drogenkriminalität. Es gibt hier keinen Königsweg, es gibt auch nicht die Möglichkeit, daß der Bund alles allein machen kann, wir müssen mithelfen.

Wenn es etwas bedürft hätte, um mich noch zusätzlich zu sensibilisieren, dann wären das meine Eindrücke, die ich in Washington oder in der Bronx in New York bekommen habe - wenn es dazu noch bedürft hätte! -, oder die Hinweise - das ist mein letzter Satz - amerikanischer Drogenfachleute, die gesagt haben: In den 70er Jahren waren wir bei euch und haben euch vor der Heroinwelle gewarnt. Da habt ihr uns mitleidig angeguckt und gesagt: Bei euch in den Vereinigten Staaten, da gibt es so etwas, ihr seid ja auch ein etwas merkwürdiges Land; aber bei uns gibt es das nicht. Jetzt weisen wir euch auf die Kokainwelle hin, die auf euch zukommt. Er schloß mit den Worten: It's coming.

(B)

Kolleginnen und Kollegen, es ist so! Stehen wir zusammen, tun wir etwas! Ich bin wirklich bereit, alle Kräfte zu mobilisieren. Ich bemühe mich auch, das zu tun. Ich bin auch bereit, jeden konstruktiven Vorschlag, der von Ihrer Seite kommt, zusätzlich aufzugreifen. Hier gibt es nicht schwarz oder weiß oder rot oder grün oder blau; hier gibt es nur sachgerechte Politik im Interesse der Menschen unseres Landes.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege Lanfermann von der Fraktion der F.D.P. Ich erteile ihm das Wort.

(Oh-Rufe von der SPD)

Lanfermann (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Diese völlig über-

flüssigen Rufe haben in etwa denselben Hintergrund von Demokratieverständnis wie das Wort des Herrn Innenministers, der Haushalt sei ja schon verabschiedet. (C)

(Beifall bei der F.D.P. - Vereinzelt  
Beifall bei der CDU)

Nur auf die sehr berechtigten Zwischenrufe von seiten der Opposition - ich habe sie jedenfalls nur von dieser Seite gehört - wurde dann angefügt, er sei ja "praktisch" verabschiedet. Das ist dann der praktizierte Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, daß ein Innenminister hier, wenn sein Einzelplan beraten wird, davon ausgeht, es könne eh nichts mehr geändert werden. Es mag die Frage erlaubt sein, warum wir uns jetzt überhaupt noch hier unterhalten

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

oder ob nicht demnächst per Dekret der Haushalt verabschiedet wird. Das wäre gemessen an dem Demokratieverständnis, das Sie uns hier bieten, eigentlich der angemessenere Weg.

Meine Damen und Herren! Gerade die letzte Bemerkung zu einem wirklich wichtigen und bedrückenden Thema, der Drogenkriminalität, hat ganz eindeutig gezeigt, wie konzeptionslos dieser Innenminister die letzten zehn Jahre - seine zehn Jahre Amtszeit - auf diesem Stuhl verbracht hat. Es ist doch nichts Neues, was Sie uns hier geschildert haben. Es ist doch die Beschreibung dessen, was wir seit Jahren wissen. Jetzt stolpern Sie hilflos von einer Lücke zu andern, die Sie im Haushalt reißen, die Sie im Personal der Polizei reißen. Sie verschieben ein MEK von hier nach dort; dann verschieben Sie das SEK zum MEK; und dann werden neue Beamte angekündigt, die natürlich nicht von heute auf morgen zur Verfügung stehen. Da wird auf Pläne von 1991 bis 1994 verwiesen. (D)

Mir wäre es lieber gewesen, Sie hätten 1986 gesagt: Wir müssen etwas tun, weil auf uns etwas zukommt. Dann hätten wir von 1987 bis 1990 das vollzogen, was wir an Aufstockung der Kräfte gebraucht hätten.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Das, meine Damen und Herren, ist das, was man diesem Innenminister am meisten vorwerfen muß, daß er immer mindestens drei, vier Jahre zu spät kommt und dann den Eindruck erweckt, als seien es ganz neue bedrückende Sorgen und als müsse jetzt Hals über Kopf etwas geschehen. In Wirklichkeit

(Lanfermann (F.D.P.))

- (A) verdeckt er nur alles das, was er in den vorhergehenden Jahren versäumt hat. Und er hat es schuldhaft versäumt; denn er ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß diese Lücken bestehen.

Die Zustände bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, sind nicht über Nacht so geworden, wie sie heute sind. Das Erbe der liberalen Innenminister ist in diesem Lande überaus schlecht verwaltet worden.

(Zustimmung bei der F.D.P. - Lachen bei der SPD)

Sie haben uns hier mit einer Reihe von Allerweltsweisheiten beglückt, was die Probleme der Polizei und der inneren Sicherheit angeht. Sie haben aber vor allen Dingen auch gezeigt, daß Sie Ihren Beruf als Innenminister - und das muß ich ganz konkret hier sagen, wenn ich an Ihre vielen Auftritte denke - mehr wie den eines Schauspielers ausführen, der darauf achtet, wie welche Aktion in der Öffentlichkeit ankommt.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wenn ich vorhin darauf hingewiesen habe, wie Sie über das Haushaltsrechts des Parlaments denken, dann darf ich auch daran erinnern, was für einen Schlingerkurs wir eigentlich in den letzten Monaten erlebt haben, als die Landesregierung einen Haushaltsentwurf vorlegte, von dem wir ja doch angenommen haben, er wäre ordentlich erarbeitet und zwischen den Ressorts abgestimmt worden.

(B)

Kaum hatten wir das Papier in den Händen, kamen Sie schon mit irgendwelchen Nachbesserungen, als wenn Ihnen das nicht wenigstens drei oder vier Wochen vorher hätte auffallen können. Sie hatten aber gemerkt, daß die Stimmung anders war, als Sie sie eingeschätzt hatten. Deswegen haben Sie mit einigen Punkten nachgezogen, um halt in der Öffentlichkeit noch einen guten Eindruck zu machen.

Der Schlingerkurs, den Sie fahren, kann an mehreren Punkten nachvollzogen werden. Sie haben selbst die Stichworte genannt. Ich erinnere nur an das Ausländerwahlrecht, wobei Sie hier auch völlig unberechtigt irgendwelche Vorwürfe in den Raum gestellt haben.

Die F.D.P. treffen Sie damit ohnehin nicht. Wir haben gesagt: Im Rahmen der europäischen Einigung werden wir auch ein europäisches Wahlrecht haben. Das hat aber nichts damit zu tun, daß Ihre Fraktion nach

- dem Motto "Was schert uns die Verfassung, was schert uns das Recht, wenn wir die Mehrheit haben" einen Kurs fahren wollte, der Gott sei Dank durch die einstweilige Anordnung aus Karlsruhe indirekt gestoppt worden ist. (C)

Was das Frauenförderungsgesetz angeht, Herr Minister, gibt es ja die Zitate aus Ihren Reden vor Ihren eigenen Frauenverbänden, in denen Sie gesagt haben, es sei doch erstaunlich, zu was Juristen alles fähig sind. Sie hatten festgestellt, daß zunächst aus Ihrem Hause klare Vorlagen kamen, daß dieses Gesetz nicht verfassungsgemäß ist. Nichtsdestoweniger haben Sie dieses Gesetz einige Monate später auch hier im Landtag vertreten. Dann müssen Sie sich schon nachsagen lassen, daß Sie einmal so und einmal anders reden, wie es eben gerade paßt.

Sie haben hier auch Seltsames zu dem Thema NRW-Linie gesagt. In bezug auf Demonstrationen haben Sie auf Fälle verwiesen: wie Sie es gerne hätten, oder wie Sie es gerne nicht hätten. Herr Minister, es geht hier nicht um einzelne Demonstrationen, ob sie so oder so gelaufen sind, sondern darum, daß Sie sich in dem, was Sie tun, an Recht und Gesetz zu orientieren haben und nicht an irgendwelchen Idealvorstellungen, von denen Sie glauben, wie Demonstrationen zu verlaufen haben.

- Sie haben sich eben einige Male nicht an das Gesetz gehalten und haben große Verunsicherung nicht nur in die Polizei, sondern gerade auch in die Öffentlichkeit getragen. (D)

Ich möchte einen letzten Punkt in allem Ernst aufgreifen. Ich empfand es nicht unbedingt als richtig, daß das Thema Gladbeck von dem Kollegen Paus in seiner Zwischenfrage angesprochen wurde. Ich habe es nicht so gerne gesehen, weil wir in der Tat abwarten wollen, was wir als Ergebnis des Untersuchungsausschusses haben werden. Daß dann aber der Innenminister hier eine Wertung abgibt, hat mich doch sehr verwundert. Es steht in einer gewissen Tradition mit dem Vorgehen der SPD, die hier gegen den Inhalt und Sinn des Gesetzes einen wertenden Zwischenbericht im letzten Sommer erzwungen hat. Auch das kann man hier als politische Wertung durchaus noch einmal anbringen.

Ich kann nur sagen, meine Damen und Herren, wenn dieses Thema schon angesprochen wird: Lassen Sie uns in Ruhe abwarten. Was das Thema Kartenhaus angeht, lassen Sie uns abwarten: Was wir an Erklärungen von der Landesregierung, nicht nur direkt nach jenem Geschehen, sondern Monate später, z. B. im Zwischenbericht des Innenministers, gehört

(Lanfermann (F.D.P.))

- (A) und gelesen haben, lassen Sie uns das dann mit dem vergleichen, was zu dem Zeitpunkt der Landesregierung bekannt war. Das alles werden wir noch im Untersuchungsausschuß erarbeiten und es diesem Landtag noch rechtzeitig vorlegen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung zum Einzelplan 01.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/4981 - Stellen für den Polizeidienst - ab. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Einzelplan 03 - Innenminister - ab. Wer dem Entwurf des Einzelplans 03 entsprechend der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/4903 und Drucksache 10/4975 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entwurf des Einzelplans 03 in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe

- (B) Einzelplan 06: Minister für Wissenschaft und Forschung

auf. Mit Drucksache 19/4906 liegt Ihnen die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses vor. Es liegen weiterhin die Entschließungsanträge Drucksache 10/4943 von der Fraktion der SPD und Drucksache 10/4979 von der Fraktion der F.D.P. vor.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abg. Goldmann von der Fraktion der CDU das Wort.

Goldmann (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte für die CDU-Fraktion einige Anmerkungen zum Bereich Wissenschaft und Forschung machen.

Die Erosion und die Demontage des Kommunismus, die wir heute früh hier diskutiert haben - wenn auch nicht immer sehr einig -, und die Möglichkeit, die sich abzeichnet, daß unsere Landsleute drüben in Mitteleuropa Freiheit und wir auch die Einheit wiedergewinnen, das alles überdeckt natürlich zur Zeit - ich möchte sagen: erfreulicherweise -

die anderen politischen Themen und auch das Thema "Wissenschaft". Ich bin aber sicher, daß diese Entwicklung auch für die Entwicklung der deutschen Wissenschaft positive Folgen haben wird. (C)

Bei unserem Besuch drüben in der DDR ist das damals schon von der Akademie der Wissenschaften bestätigt worden. Dort hat man uns zugestimmt, als wir darauf hingen, daß derzeit in den beiden Teilen Deutschlands Doppelforschung betrieben wird. Zwar hat diese Akademie der Wissenschaften das Wort "Deutsche" aus ihrem Titel gestrichen. Ich bin aber guter Hoffnung, daß es wieder eingefügt werden wird. Insofern sind die Mitglieder des Wissenschaftsausschusses von diesen Entwicklungen drüben nicht allzusehr überrascht worden.

Meine Damen und Herren! Aufgrund eines CDU-Antrages haben wir - auch mit entscheidender Hilfe des Bundes und dem Versprechen der Landesregierung zur anschließenden Fortführung - ein neues Institut für Geschichte und Kultur der Deutschen in Mittel- und Osteuropa für das Wintersemester 1990/91 beschließen können.

Wie wir jetzt sehen, ist das gerade zur rechten Zeit geschehen, Herr Schultz-Tornau. Die Aufgaben werden durch die jetzige Entwicklung wahrscheinlich noch zunehmen.

Ich hoffe auch, daß einige Kollegen wie z. B. Herr Kollege Trinius vielleicht noch von diesem Institut profitieren. Herr Kollege Trinius, wenn Sie heute vormittag behauptet haben, die politische Rechte hätte Hetze gegen den Versailler Vertrag betrieben, dann darf ich Sie nur daran erinnern, daß Ihr sozialdemokratischer Parteigenosse Philipp Scheidemann gesagt hat, es solle demjenigen die rechte Hand verdorren, der diesen Vertrag unterschreibt. Es wäre etwas ganz Neues, daß Herr Scheidemann der politischen Rechten zuzurechnen gewesen ist. (D)

Meine Damen und Herren, es geht uns in diesem Bereich wie auch in anderen um die Behebung von Defiziten, die sich diese Landesregierung leider nicht entsprechend angelegen sein läßt. Überall brüstet sich die Landesregierung mit der Feststellung, unser Bundesland Nordrhein-Westfalen besitze die dichteste Hochschullandschaft Europas. - Frau Ministerin, Sie nicken. Aber, meine Damen und Herren, vor den gravierenden Problemen, die in dieser Hochschullandschaft gleichzeitig vorhanden sind, verschließt die Landesregierung allzu gerne die Augen. Frau Brunn reicht es meistens schon, wenn sie bei ihren Besuchen an den Universitäten zu einem